

# Kantonsratsbeschluss

Vom 3. Juli 2013

Nr. RG 107/2013

## **Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal / Anpassung der Krankentaggeldversicherungs-Leistung**

---

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf Artikel 86 und 98 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup> nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 21. Mai 2013 (RRB Nr. 2013/878)

beschliesst:

### **I.**

Der Erlass Gesetz über das Staatspersonal vom 27. September 1992<sup>2)</sup> (Stand 1. August 2012) wird wie folgt geändert:

#### *§ 47 Abs. 3 (geändert)*

<sup>3</sup> Nach Ablauf der Lohnfortzahlung nach Absatz 1 Buchstabe b haben die Staatsbediensteten während zwölf Monaten Anspruch auf ein Krankentaggeld in der Höhe von 80 Prozent der im letzten Jahr der Anstellung ausgerichteten durchschnittlichen Bruttomonatsbesoldung inkl. Anteil 13. Monatsgehalt ohne Leistungsbonus. Absatz 2 ist anwendbar. Leistungen der Invalidenversicherung, der Kantonalen Pensionskasse Solothurn und anderer Pensionskassen sind anzurechnen. Die Versicherungsprämien sind je zur Hälfte durch die Arbeitgeber und die Gesamtheit der dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellten Staatsbediensteten zu finanzieren. Der Anteil der Arbeitgeber ist im Verhältnis der Lohnsummen der versicherten Personen auf den Kanton und die Einwohnergemeinden aufzuteilen.

### **II.**

*Keine Fremdänderungen.*

### **III.**

*Keine Fremdaufhebungen.*

### **IV.**

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>1)</sup> BGS [111.1](#).

<sup>2)</sup> BGS [126.1](#).

Im Namen des Kantonsrats  
Susanne Schaffner  
Präsidentin

Fritz Brechbühl  
Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

---

**Verteiler**

Departemente  
Gerichtsverwaltung  
Staatskanzlei (ENG, STU, ROL)  
BGS  
GS  
Amtsblatt (Referendum)  
Kantonale Finanzkontrolle  
Parlamentsdienste (878/2013)